



Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 und Lagebericht

BESTÄTIGUNGSVERMERK

juris GmbH
Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik
Deutschland
Saarbrücken

KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

juris GmbH
Juristisches Informationssystem für die
Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken

Bilanz zum 31. Dezember 2020

Aktiva

	Anhang	31.12.2020	31.12.2019
		EUR	EUR
A. Anlagevermögen	(B.1)		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		10.349.444,32	8.372.969,48
II. Sachanlagen		4.343.271,29	2.180.241,22
		14.692.715,61	10.553.210,70
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(B.2)	7.095.774,66	5.735.438,25
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		13.512.452,27	14.638.288,89
		20.608.226,93	20.373.727,14
C. Rechnungsabgrenzungsposten		939.714,94	1.223.589,81
		36.240.657,48	32.150.527,65

Passiva

	Anhang	31.12.2020	31.12.2019
		EUR	EUR
A. Eigenkapital	(B.3)		
I. Gezeichnetes Kapital		2.681.368,03	2.681.368,03
II. Gewinnvortrag		4.205.806,37	2.926.638,85
III. Jahresüberschuss		8.122.195,18	8.094.741,82
		15.009.369,58	13.702.748,70
B. Rückstellungen	(B.4)	9.279.173,00	8.470.300,00
C. Verbindlichkeiten	(B.5)	2.465.140,56	1.589.404,47
D. Rechnungsabgrenzungsposten		7.179.838,34	6.671.139,48
E. Passive latente Steuern	(B.6)	2.307.136,00	1.716.935,00
		36.240.657,48	32.150.527,65

juris GmbH

Juristisches Informationssystem für die
Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2020**

	Anhang	2020	2019
		EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	(C.1)	60.359.126,19	55.743.663,69
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	(C.2)	1.364.178,65	1.184.713,45
3. Gesamtleistung		61.723.304,84	56.928.377,14
4. Sonstige betriebliche Erträge	(C.3)	532.667,07	615.052,06
5. Materialaufwand	(C.4)	19.250.757,57	16.233.230,02
6. Personalaufwand	(C.5)	18.789.008,15	17.901.491,70
7. Abschreibungen	(C.6)	1.980.976,74	1.681.929,20
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(C.7)	9.847.630,55	9.407.922,67
9. Finanzergebnis	(C.8)	-1.306,93	-8.679,68
10. Ergebnis vor Steuern		12.386.291,97	12.310.175,93
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(C.9)	4.258.320,49	4.209.466,11
12. Ergebnis nach Steuern		8.127.971,48	8.100.709,82
13. Sonstige Steuern		5.776,30	5.968,00
14. Jahresüberschuss	(C.10)	8.122.195,18	8.094.741,82

juris GmbH

Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken

Anhang für das Geschäftsjahr 2020

(A) Ausweis, Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB. Die Gliederung des Jahreschlusses erfolgt entsprechend den Vorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften, den Vorschriften des GmbH-Gesetzes und den ergänzenden Vorschriften des Gesellschaftsvertrages.

Die juris GmbH hat ihren Sitz in 66121 Saarbrücken, Am Römerkastell 11, und ist eingetragen im Handelsregister Registergericht Saarbrücken, HRB 8485.

Zur Vergrößerung der Klarheit der Darstellung sind Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst und im Anhang gesondert ausgewiesen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt.

Von der Aktivierung von selbst geschaffenen immateriellen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens nach § 248 Abs. 2 S. 1 HGB wurde im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 Gebrauch gemacht. Diese werden zu Herstellungskosten gemäß § 255 Abs. 2 Sätze 1-2 und Abs. 2a HGB aktiviert und nach Fertigstellung planmäßig linear über ihre voraussichtliche Nutzungsdauer sowie bei Vorliegen einer voraussichtlich dauernden Wertminderung außerplanmäßig abgeschrieben.

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen nach Maßgabe der voraussichtlichen Nutzungsdauer bewertet.

Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten einschließlich Nebenkosten bilanziert und linear planmäßig abgeschrieben.

Die Geringwertigen Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens bis zu einem Anschaffungspreis von EUR 800 sind im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben und im Anlageverzeichnis als Abgang behandelt worden.

Die planmäßigen Abschreibungen des Anlagevermögens erfolgen unter Zugrundelegung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Dabei wird sich an den steuerlichen AfA-Tabellen unter Berücksichtigung der kürzesten steuerlich zulässigen Nutzungsdauer orientiert.

Voraussichtlich dauernden Wertminderungen, die über den nutzungsbedingten Werteverzehr hinausgehen, wird durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen.

Für Wertminderungen werden angemessene Abwertungen vorgenommen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nominalwert bzw. dem Barwert bei unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Ansprüchen angesetzt. Konkreten Ausfallrisiken bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurde durch Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Im Einzelnen nicht bezifferbare Risiken werden durch eine pauschal ermittelte Wertberichtigung in Höhe von 1 % der um die Einzelwertberichtigungen gekürzten Nettoforderung abgedeckt.

Die anderen Posten des Umlaufvermögens sind mit ihren Nennwerten angesetzt.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden nach den anerkannten versicherungsmathematischen Grundsätzen mittels der „Projected-Unit-Credit-Methode“ errechnet. Der Rückstellungsbetrag wurde unter Einbeziehung von Trendannahmen hinsichtlich der zukünftigen Anwartschafts- bzw. Rentenentwicklung ermittelt. Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die „Richttafeln 2018 G“ von Klaus Heubeck verwendet. Im Berichtsjahr wurde ein von der Deutschen Bundesbank vorgegebener durchschnittlicher Marktzinssatz von 2,31 % (10-Jahres-Durchschnitt) bei der Bewertung zugrunde gelegt. Dabei wurde gemäß Satz 2 des § 253 Abs. 2 HGB pauschal eine Restlaufzeit von 15 Jahren angenommen. Rentenanpassungen sind mit 1,0 % berücksichtigt.

Die Bewertung der Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen erfolgte nach den Regelungen der IDW-Stellungnahme IDW RS HFA 3 vom 19.06.2013. Sofern biometrische Einflussfaktoren zu berücksichtigen waren, wurden die „Richttafeln 2018 G“ von Klaus Heubeck verwendet. Der Erfüllungsrückstand wurde mit den von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Marktzinssätzen der vergangenen sieben Jahre abgezinst, Aufstockungs- und Abfindungsbetrag wurden mit dem vollen Barwert angesetzt.

Die übrigen Rückstellungen sind jeweils in Höhe des zukünftigen Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen wurden berücksichtigt, sofern ausreichende objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit den von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssätzen der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt. Fremdwährungsverbindlichkeiten lagen zum Bilanzstichtag keine vor. Die Rechnungsabgrenzungsposten sind mit dem Nennwert bilanziert.

Gemäß § 274 HGB wird eine saldierte Abgrenzung für die voraussichtlichen zukünftigen Steuerbelastungen und Steuerentlastungen aufgrund handelsrechtlicher und steuerrechtlicher Bilanzierungs- und Bewertungsunterschiede angewandt. Weitere Angaben hierzu sind bei den Erläuterungen zur Bilanz unter Nr. 6 zu finden.

(B) Erläuterungen zur Bilanz

(1) Anlagevermögen

Die Aufgliederung und Entwicklung des in der Bilanz ausgewiesenen Anlagevermögens ist im Anlagespiegel gesondert dargestellt.

Im abgelaufenen Kalenderjahr belief sich der Gesamtbetrag der aktivierten Entwicklungskosten auf TEUR 2.410, die ausschließlich auf aktivierte selbst erstellte Software entfielen. Weitere Forschungs- und Entwicklungskosten sind nicht angefallen.

(2) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2020	31.12.2019
	EUR	EUR
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen – davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr TEUR 100 (i. Vj. TEUR 181) –	5.149.968,67	5.103.096,38
Forderungen gegen Gesellschafter	116.755,45	167.267,42
Sonstige Vermögensgegenstände – davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr TEUR 24 (i. Vj. TEUR 24) –	1.829.050,54	465.074,45
	7.095.774,66	5.735.438,25

Bei den Forderungen gegen die Gesellschafter handelt es sich um Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Die Forderungen gegen Gesellschafter hatten zum Bilanzstichtag wie im Vorjahr keine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

(3) Eigenkapital

	31.12.2020	31.12.2019
	EUR	EUR
Gezeichnetes Kapital	2.681.368,03	2.681.368,03
Gewinnvortrag	4.205.806,37	2.926.638,85
Jahresüberschuss	8.122.195,18	8.094.741,82
	15.009.369,58	13.702.748,70

Ausschüttungsgesperrte Beträge

	Bilanz- ausweis	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern	Sperrbetrag
	EUR	EUR	EUR	EUR
Selbst erstellte immaterielle Vermögens- gegenstände gemäß § 268 Abs. 8 HGB	7.700.638,67	0,00	2.539.285,61	5.161.353,06
Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 HGB	51.436,00	0,00	0,00	51.436,00
Sonstige latente Steuern	0,00	232.416,34	266,73	232.149,61
Zur Ausschüttung gesperrt	7.752.074,67	232.416,34	2.539.552,34	5.444.938,67

(4) Rückstellungen

	31.12.2020	31.12.2019
	EUR	EUR
Rückstellungen für Pensionen	795.069,00	809.956,00
Steuerrückstellungen	75.173,00	0,00
Sonstige Rückstellungen		
Personal	2.414.081,00	2.072.853,00
Prüfung und Beratung	174.640,00	228.912,00
Übrige	5.820.210,00	5.358.579,00
	9.279.173,00	8.470.300,00

Ermittlung des Unterschiedsbetrages nach § 253 Abs. 6 HGB

	31.12.2020	31.12.2019
	EUR	EUR
Rückstellung unter Verwendung des 10-Jahres-Durchschnittszinssatzes	795.069,00	809.956,00
Rückstellung unter Verwendung des 7-Jahres-Durchschnittszinssatzes	846.505,00	865.470,00
ausschüttungsgesperrter Unterschiedsbetrag	51.436,00	55.514,00

Für die in den Personalarückstellungen enthaltenen Altersteilzeitverpflichtungen hat die Sparkasse Saarbrücken der juris GmbH eine Avalbürgschaft zur Insolvenzsicherung der Altersteilzeitverpflichtungen zugunsten der teilnehmenden Mitarbeiter eingeräumt. In 2020 betrug die Avalbürgschaft TEUR 310 (i. Vj. TEUR 410).

Die übrigen Rückstellungen beinhalten überwiegend Aufwendungen für Erlösbeteiligungen der Kooperationspartner und Aufwendungen für eingeleitete Restrukturierungsmaßnahmen.

(5) Verbindlichkeiten

	31.12.2020	31.12.2019
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.320.243,68	953.006,08
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	9.736,12	12.804,08
Sonstige Verbindlichkeiten		
– davon mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr TEUR 1.135 (i. Vj. TEUR 624) –		
– davon aus Steuern TEUR 253 (i. Vj. TEUR 485) –	1.135.160,76	623.594,31
	2.465.140,56	1.589.404,47

Die vorgenannten Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern hatten zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 wie im Vorjahr keine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Es bestehen keine sonstigen Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern handelt es sich um Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Sicherheiten bestehen keine.

(6) Passive latente Steuern

	31.12.2019	Zugang	Verbrauch	Auflösung	31.12.2020
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Aktive latente Steuern	-220	-63	51	0	-232
Passive latente Steuern	1.937	605	-3	0	2.539
	1.717	542	48	0	2.307

(7) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

	31.12.2020	31.12.2019
	TEUR	TEUR
Verpflichtungen aus Miet- und Wartungsverträgen, übrige finanzielle Verpflichtungen		
– davon mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr TEUR 7.494 (i. Vj. TEUR 6.544) –		
– davon gegenüber Gesellschaftern TEUR 900 (i. Vj. TEUR 1.200) –	14.159	15.016
Bestellobligo Anlagevermögen	40	30

(8) Haftungsverhältnisse

Im Geschäftsjahr bestehen keine Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB.

(C) Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(1) Umsatzerlöse

	2020	2019
	EUR	EUR
Dialogleistungen/Datenbanknutzung	56.316.806,09	51.673.869,18
DV-Projekte und Dienstleistungen	3.860.959,28	3.711.533,82
Übrige Erlöse	181.360,82	358.260,69
	60.359.126,19	55.743.663,69

Die im Vorjahr unter „Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland“ ausgewiesenen Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 4.474 werden im vorliegenden Jahresabschluss unter „Dialogleistungen/Datenbanknutzung“ (TEUR 2.000) und „DV-Projekte und Dienstleistungen“ (TEUR 2.474) ausgewiesen.

Umsatzerlöse aus juris Praxiskomentaren und Praxisreporten in Höhe von TEUR 295 wurden im Vorjahrsabschluss unter der Position „Übrige Erlöse“ ausgewiesen. Im vorliegenden Jahresabschluss sind diese unter der Position „Dialogleistungen/Datenbanknutzung“ zugeordnet.

(2) Aktivierte Eigenleistung

Aktivierte Eigenleistungen werden im Berichtsjahr mit TEUR 1.364 (i. Vj. TEUR 1.185) angesetzt. Davon entfallen TEUR 1.327 auf selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände.

(3) Sonstige betriebliche Erträge

	2020	2019
	EUR	EUR
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	242.391,77	365.152,92
Sonstige	290.275,30	249.899,14
	532.667,07	615.052,06

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen werden periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 366 (i. Vj. TEUR 408) ausgewiesen. Im Wesentlichen betreffen diese mit TEUR 243 Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (i. Vj. TEUR 365).

(4) Materialaufwand

	2020	2019
	EUR	EUR
Aufwendungen für Hilfsstoffe und bezogene Waren	49.711,42	58.682,00
Aufwendungen für bezogene Leistungen	19.201.046,15	16.174.548,02
	19.250.757,57	16.233.230,02

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen umfassen im Geschäftsjahr 2020 in erster Linie Lizenzgebühren für Dokumente, Dokumentenaufbereitung, Wartungsleistungen für EDV-Hardware sowie Miet- und Pflegeleistungen für Software.

(5) Personalaufwand

	2020	2019
	EUR	EUR
Gehälter	15.362.823,48	14.592.157,85
Soziale Abgaben	2.436.028,17	2.301.056,58
Aufwendungen für Altersversorgung	989.729,02	1.007.923,53
Aufwendungen für Unterstützung	427,48	353,74
	18.789.008,15	17.901.491,70

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	Anzahl
Mitarbeiterinnen	99
Mitarbeiter	99
	198
zuzüglich Aushilfen	42

(6) Abschreibungen

	2020	2019
	EUR	EUR
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.980.976,74	1.632.907,70
Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit unüblich	0,00	49.021,50
	1.980.976,74	1.681.929,20

(7) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden periodenfremde Aufwendungen von TEUR 220 (i. Vj. TEUR 67) ausgewiesen.

(8) Finanzergebnis

	2020	2019
	EUR	EUR
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.620,07	1.204,57
Erträge aus der Abzinsung	762,00	1.749,50
Zinsen und ähnliche Erträge	2.382,07	2.954,07
Aufwendungen aus der Aufzinsung	3.689,00	11.633,75
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.689,00	11.633,75
Finanzergebnis	-1.306,93	-8.679,68

(9) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

	2020	2019
	EUR	EUR
Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag, Gewerbesteuer	3.668.119,49	3.571.412,11
Aufwand latenter Steuern	590.201,00	638.054,00
	4.258.320,49	4.209.466,11

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

Passive latente Steuern ergeben sich aus der Aktivierung von selbst geschaffenen immateriellen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens und aus der Abzinsung von Forderungen.

Aktive latente Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen von Altersteilzeit- und Pensionsrückstellungen, aus der zukünftigen steuerlichen Abzugsfähigkeit von Betriebsausgaben.

Bei der Berechnung der latenten Steuern wurde ein Gesamtsteuersatz von 32,975 % zugrunde gelegt.

Nach § 274 Absatz 1 Satz 1 HGB wurde im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 für den Überhang passiver Steuerlatenzen eine passive latente Steuer bilanziert.

(10) Jahresüberschuss

Die Geschäftsführung schlägt vor, vom Jahresüberschuss 2020 in Höhe von EUR 8.122.195,18 den zur Ausschüttung verfügbaren Betrag in Höhe von EUR 6.883.062,88 an die Gesellschafter auszuschütten und den verbleibenden Betrag in Höhe von EUR 5.444.938,67 (davon Gewinnvortrag EUR 4.205.806,37) auf neue Rechnung vorzutragen.

	EUR	EUR
Jahresüberschuss 2020		8.122.195,18
Ausschüttungsgesperrte Beträge		
Ausschüttungssperre zum 31. Dezember 2020	-5.444.938,67	
Ausschüttungssperre zum 31. Dezember 2019	4.205.806,37	-1.239.132,30
Zur Ausschüttung verfügbarer Betrag zum 31.12.2020		6.883.062,88

Der Ergebnisverwendungsbeschluss zum Jahresüberschuss 2019 wurde von der Gesellschafterversammlung gemäß Empfehlung des Aufsichtsrats auf September 2020 vertagt.

(D) Ergänzende Angaben

Abschlussprüferhonorar

Das als Aufwand erfasste Honorar des Abschlussprüfers für die Abschlussprüfung beträgt TEUR 41. Das Honorar für sonstige Leistungen beträgt TEUR 164.

Geschäftsführer

- Samuel van Oostrom, Saarbrücken
- Johannes Weichert, Berlin

Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat gehörten 2020 folgende Mitglieder an:

- Ministerialdirigent im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Dr. Matthias Korte (bis 24.06.2020) – Vorsitz –
- Ministerialdirigentin im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Eva-Lotta Gutjahr (seit 25.06.2020) – Vorsitz –
- Ministerialrat im Bundesministerium des Innern
Andreas Reisen
- Regierungsdirektorin im Bundesministerium der Finanzen
Dr. Susann Schumann
- Vertreter der Lefebvre Sarrut S.A.
Rudi Mesotten
- Vertreter der Lefebvre Sarrut S.A.
Oliver Campenon

Beziehungen zu Unternehmensorganen

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung betragen im Geschäftsjahr 2020

	Grundgehalt	Zuschuss zur privaten Kranken-, Pflege- bzw. Unfallversicherung.	Prämie 2019 (Auszahlung 2020)	Kfz-Nutzung 1 %	Versorgungszuschläge	Gesamtbezüge
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Samuel van Oostrom	239.000,04	7.200,00	78.650,00	8.784,00	0,00	333.634,04
Johannes Weichert	141.500,00	7.333,78	0,00	0,00	31.383,12	180.216,90
	380.500,04	7.333,78	78.650,00	8.784,00	31.383,12	513.850,94

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben im Geschäftsjahr 2020 keine Vergütung bezogen.

Nachtragsbericht (Berichterstattung nach § 285 Nr. 33 HGB)

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft hatten, sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Saarbrücken, den 26. März 2021

Samuel van Oostrom
Geschäftsführer

Johannes Weichert
Geschäftsführer

juris GmbH

Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2020

Anschaffungs- und Herstellungskosten					
	1.1.2020	Zugänge	Um- buchungen	Abgänge	31.12.2020
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	6.448.414,03	2.410.334,51	0,00	0,00	8.858.748,54
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	7.409.700,33	296.760,51	149.000,00	15.449,87	7.840.010,97
3. Kundenstamm	975.000,00	0,00	0,00	0,00	975.000,00
4. Geleistete Anzahlungen	818.731,90	298.977,06	-149.000,00	0,00	968.708,96
	15.651.846,26	3.006.072,08	0,00	15.449,87	18.642.468,47
II. Sachanlagen					
1. Bauten auf fremden Grundstücken	279.045,65	1.262.659,45	114.137,62	167.772,51	1.488.070,21
2. Technische Anlagen und Maschinen	2.852.600,68	1.038.284,26	0,00	421.859,79	3.469.025,15
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.730.804,46	925.209,70	0,00	839.320,62	2.816.693,54
4. Geleistete Anzahlungen	117.137,62	18.157,54	-114.137,62	0,00	21.157,54
	5.979.588,41	3.244.310,95	0,00	1.428.952,92	7.794.946,44
	21.631.434,67	6.250.383,03	0,00	1.444.402,79	26.437.414,91

Kumulierte Abschreibungen			Buchwerte		
1.1.2020	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Abgänge	31.12.2020	31.12.2020	31.12.2019
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
581.186,66	576.923,21	0,00	1.158.109,87	7.700.638,67	5.867.227,37
5.722.691,12	450.847,64	13.623,48	6.159.915,28	1.680.095,69	1.687.009,21
974.999,00	0,00	0,00	974.999,00	1,00	1,00
0,00	0,00	0,00	0,00	968.708,96	818.731,90
7.278.876,78	1.027.770,85	13.623,48	8.293.024,15	10.349.444,32	8.372.969,48
182.243,58	50.483,68	158.412,67	74.314,59	1.413.755,62	96.802,07
2.007.715,62	462.468,80	421.845,79	2.048.338,63	1.420.686,52	844.885,06
1.609.387,99	440.253,41	720.619,47	1.329.021,93	1.487.671,61	1.121.416,47
0,00	0,00	0,00	0,00	21.157,54	117.137,62
3.799.347,19	953.205,89	1.300.877,93	3.451.675,15	4.343.271,29	2.180.241,22
11.078.223,97	1.980.976,74	1.314.501,41	11.744.699,30	14.692.715,61	10.553.210,70

juris GmbH

Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2020

A. Grundlagen des Unternehmens

Die juris GmbH ist ein führender Anbieter von digitalen Rechtsinformationen in Deutschland. Über das Onlineportal juris.de bietet das Unternehmen Zugriff auf mehrere Millionen Dokumente aus allen Rechtsgebieten. Als Pionier in der digitalen Bereitstellung von juristischen Inhalten verfügt die juris GmbH über die umfangreichste und bis 1879 zurückreichende Sammlung von Gerichtsentscheidungen, Gesetzen und weiteren Vorschriften sowie Zeitschriften, Handbüchern, Formularen, Arbeitshilfen und Kommentaren.

Langjährige Erfahrung, etablierte Prozesse und eine enge Zusammenarbeit mit Gerichten, Verlagen, Behörden sowie vielen Autoren und eigenen Dokumentaren gewährleisten die tägliche Aktualität, Verlässlichkeit und hohe Qualität des Informationsangebotes. Auf Basis einer State-of-the-art-Technologie stellt die juris GmbH Primär- und Sekundärinhalte in rechtsgebiets- oder zielgruppenspezifischen Modulen zur Verfügung und ermöglicht über eigens entwickelte Suchalgorithmen und Funktionalitäten eine zielgerichtete Suche. Zu den Anwendern zählen neben allen deutschen Gerichten, Kanzleien, Ministerien, Ämtern, Universitäten, Unternehmen, Notare, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater.

B. Wirtschaftsbericht

1. Allgemeiner Geschäftsverlauf/Branchensituation

Der Markt für Rechts-, Wirtschafts- und Steuerinformationen in Deutschland ist nach wie vor durch den noch immer relativ geringen Online-Anteil im Vergleich zu anderen europäischen Ländern gekennzeichnet. Mittlerweile bestehen große Unterschiede zwischen den traditionellen Verlagen was die Transition von Print hin zu Online betrifft. Die juris GmbH als einer der wegweisenden und bedeutenden Online-Anbieter für Rechts- und Praxiswissen gestaltet diese Transition aktiv in enger Kooperation mit ihren wichtigsten Partnern (der sogenannten jurisAllianz) mit neuen Produkten, wie bspw. Print-Online-Bundles und den Legal-Compliance-Pro-

dukten (u.a. juris PreLex und juris Notare Basis). Somit konnte auch im Jahr 2020 ihre Marktposition gestärkt und die Wachstumskurve fortgesetzt werden. All dies erfolgte in einem harten Wettbewerb, wobei die juris GmbH gemeinsam mit den Partnern der jurisAllianz im Markt für Rechtsinformationen die einzig wirkliche Alternative zu Beck darstellt.

Der Ausbau des Portfolios der jurisAllianz wurde im Rahmen der Kooperation der juris GmbH mit renommierten Fachverlagen – Bundesanzeiger Verlag/Reguvis, C.F. Müller, Deutscher Anwaltverlag/Deutscher Notarverlag, dfv Mediengruppe, De Gruyter Recht, Erich Schmidt Verlag, Hüthig Jehle Rehm, IWW, Verlag Dr. Otto Schmidt und Stollfuß Medien – in 2020 erfolgreich fortgeführt.

Das Ziel der juris GmbH bleibt unverändert, das Rechtsportal für Deutschland für alle Legal Professionals, Steuerberater sowie Unternehmen und deren Berater (bspw. Wirtschaftsprüfer) zu sein. Um dies zu erreichen, bemüht sich die juris GmbH kontinuierlich, die Kooperation mit den Verlagen der jurisAllianz weiter zu stärken, ihre Alleinstellungsmerkmale – auch im Primärcontent-Bereich – zu sichern und weiterzuentwickeln, technologisch State-of-the-Art zu sein und ihre Kundenbasis zu sichern und weiter auszubauen.

In 2020 wurde hierzu mit dem Launch einer neuen Legal Compliance-Produktreihe ein Schritt unternommen, um auch den Markt für Paralegals mit technologischen Neuentwicklungen von Arbeitshilfen und passenden Inhalten aktiv zu erschließen.

2. Geschäftsverlauf der juris GmbH

Die folgenden Leistungsindikatoren geben einen Überblick über den Verlauf des Geschäftsjahres 2020, wobei die für die Steuerung des Unternehmens bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren die Umsatzerlöse und das Betriebsergebnis darstellen.

Hier ist anzumerken, dass COVID 19 alle Unternehmen vor große Herausforderungen gestellt hat, für die die Organisation der juris GmbH - als digital getriebenes Unternehmen - jedoch sehr gut gerüstet war. juris hat es geschafft, seinen Wachstumskurs im Markt fortzusetzen, wozu das stark abonnement-getriebene Geschäftsmodell einen wichtigen Beitrag geleistet hat.

2.1 Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Umsatzerlöse stiegen von rund EUR 55,7 Mio. im Jahr 2019 um rund EUR 4,7 Mio. bzw. 8,3 % auf EUR 60,4 Mio. im Jahr 2020 an. Die juris GmbH konnte somit gegenüber 2019 ein deutliches Umsatzwachstum generieren. Im Wesentlichen wurde das Wachstum durch eine weitere Durchdringung des Marktes mit Angebotsformen aus einer Kombination von Primär- und Sekundärcontent, aber auch durch die Gewinnung neuer Kunden im Rahmen einer intensiven Marktbearbeitung, realisiert.

Basis für die Kundenbeziehungen bleiben nach wie vor die pauschalierten Abonnementverträge mit unterschiedlichen Laufzeiten.

2.2 Wesentliche Geschäftsvorfälle des Geschäftsjahres

Das Jahr 2020 war geprägt durch folgende Entwicklungen:

- Weitere Stärkung der Grundlagen der juris GmbH
 - Umsetzung des neuartigen Legal Compliance-Angebots für Notare und Paralegals durch den Launch von juris PreLex, womit auch der Grundstein für die anschließende Implementierung der Ein-Portal-Strategie gelegt wurde
 - Ausbau der juris PraxisKommentare (jPK) im Bereich SGB, Erweiterung des jPK Vergaberecht um die Kommentierung zum Wettbewerbsregistergesetz und Erstauflage des jPK Elektronischer Rechtsverkehr
 - Ergänzung der vorhandenen Module um weitere Titel sowie Launch neuer Module für verschiedene Rechtsgebiete und Zielgruppen in Kooperation mit der jurisAllianz
 - Umzug in das neue Bürogebäude am Standort Saarbrücken mit neuen Raumkonzepten und Arbeitswelten zur Verbesserung der Organisationsabläufe und der damit verbundenen Transition zu einem reinen Wirtschaftsunternehmen
- Stärkung der jurisAllianz
 - Optimierung der Portfolio-Entwicklung i.R der jurisAllianz
 - Neugestaltung und Launch der Angebote im Steuermarkt
 - Stärkung der gemeinsamen Marketing-/Vertriebskooperation durch die Etablierung der Task Force jurisAllianz

3. Produktpolitik

Alleinstellungsmerkmal der juris GmbH bleibt unverändert ihr Angebot, welches Primär- und Sekundärcontent zielgruppengerecht bündelt und dieses, über eine an den spezifischen Bedürfnissen ausgerichtete Recherchetechnologie, den Kunden direkt zur Verfügung stellt. Das Portfolio konnte durch die abgestimmte Kooperation mit den Partnern der jurisAllianz sowie weiteren Verlagen im Rahmen eines übergreifenden Product-Development-Ansatzes weiter ausgebaut werden. Durch die im Vorjahr erfolgte Weiterentwicklung der Smart-Search Algorithmen und die Umstellung auf die Ein-Portal-Strategie ist die juris GmbH im Wettbewerb um die Führung bei der Desktop-Integration gut aufgestellt.

4. Dokumentation und Content

Der Erfolg der Content-Strategie der juris GmbH gründet neben dem Abstellen auf Vollständigkeit, Aktualität und Zuverlässigkeit in erheblichem Maße auf dem Mehrwert, der dem Angebot durch weiteren Sekundärcontent – insbesondere im Rahmen der jurisAllianz – sowie durch die Art und Tiefe seiner Erschließung hinzugefügt wird. Das hohe Maß dokumentarischer und funktionaler Qualität wird durch die seit Jahren für die juris GmbH arbeitenden Experten sowie durch das von der juris GmbH über die Jahre entwickelte Know-how bei der Programmierung der Suchalgorithmen sichergestellt.

Das im Bundesamt für Justiz eingerichtete Kompetenzzentrum Rechtsinformationssystem des Bundes (CC-RIS) übt zentrale Steuerungs- und Koordinationsaufgaben für die operative Zusammenarbeit der Dokumentationsstellen des Bundes mit der juris GmbH aus. Dadurch konnten die zum Bund bestehenden vertraglichen Leistungsbeziehungen der juris GmbH professionell ausgestaltet werden.

Bereits vor Jahren wurde entschieden, die langjährige Kooperation mit den Dokumentationsstellen des Bundes neu zu gestalten und mittelfristig in neue Systeme zu überführen. Die juris GmbH bereitet sich auf diese Entflechtung u.a. durch die Neuaufstellung ihrer Datenhaltung und Produktion vor. Die Geschäftsaktivitäten der juris GmbH unterliegen mittlerweile vollständig dem Wettbewerb. Bedingt durch die mittlerweile für jedermann frei zugänglichen Basisinformationen („Gesetze im Internet“ und „Rechtsprechung im Internet“) konzentriert sich der Wettbewerb nunmehr auf die eigene Dokumentation und die Generierung von inhaltlichem Mehrwert, der von der juris GmbH und anderen Verlagen selbst erstellt wird. Vor diesem Hintergrund bleiben die einzigartigen Rechtssammlungen der juris GmbH für alle im Bereich professioneller Rechtsanwendung Tätigen eine unverzichtbare Wissensquelle.

5. Investitionen

Die juris GmbH hat in 2020 selbstgeschaffene Software in Höhe von TEUR 2.410 aktiviert. Daneben wurden Investitionen für immaterielle Vermögensgegenstände, Bauten auf fremdem Grund und Boden, technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung und Sonstiges in Höhe von TEUR 3.840 getätigt – hierin enthalten sind Investitionen in IT-Sicherheit in Höhe von TEUR 490.

6. Personal und Organisation

2020 beschäftigte die juris GmbH im Jahresdurchschnitt 252 (i. Vj. 251) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darunter IT-Fachkräfte, Kaufleute, Juristen und Dokumentare. Hierin enthalten sind im Jahresdurchschnitt auch 42 (i. Vj. 42) Aushilfen und rund 12 (i. Vj. 12) Freie Mitarbeiter.

Der Standort Saarbrücken stellt nach wie vor eine Erschwernis beim Recruiting dar. Dies gilt insbesondere für Positionen, bei denen Vertriebs-, Marketing-, IT- oder Verlags-Expertise gefragt ist sowie auf Managementebene. Durch eine aktive und innovative Search-Politik und das Offerieren von zeitgemäßen Konditionen versucht die juris GmbH hier jedoch gegenzusteuern. Am Beispiel der Außenstelle für den Key-Account Vertrieb in Frankfurt am Main, zeigt sich, dass die Attraktivität der juris GmbH als Arbeitgeber grundsätzlich gegeben ist. Diese positive Entwicklung konnte auch mit dem in Berlin Anfang 2019 gegründeten Co-Working Space, zur Realisierung von Innovationsprojekten und für die Task Force jurisAllianz, fortgeführt werden. Daneben wird die Anziehungskraft der juris GmbH für Arbeitnehmer mit der Ablösung des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) durch AT-Verträge, wie sie in Abstimmung mit dem Betriebsrat bei Führungskräften, Key-Account Managern und Spezialisten zur Anwendung kommen, durch den Einsatz von attraktiven Prämien- und Provisionsmodellen, die Einführung der Vertrauensarbeitszeit und eine aktiv betriebene Personalentwicklung gesteigert. Darüber hinaus denkt die juris GmbH über eine generelle Ablösung des TVöD nach.

Auch der Umzug in das neue Bürogebäude in Saarbrücken hat die Wahrnehmung von juris als Arbeitgeber mit einer zukunftsweisenden Arbeitsumgebung verstärkt.

7. Ertragslage

Die juris GmbH übertraf in 2020 mit einer Gesamtleistung i. H. v. EUR 61,7 Mio. den Vorjahreswert i. H. v. EUR 56,9 Mio. um 8,4 %. Als Ergebnis vor Steuern wurden EUR 12,4 Mio. (i. Vj. EUR 12,3 Mio.) erzielt.

Nach Abzug der Steuern verbleibt für 2020 ein Jahresüberschuss von rund EUR 8,12 Mio. (i. Vj. EUR 8,09 Mio.). Unter Berücksichtigung der ausschüttungsgesperrten Beträge in Höhe von EUR 1,239 Mio. steht ein Jahresüberschuss in Höhe von EUR 6,883 Mio. zur Ausschüttung zur Verfügung.

Die Erhöhung der Gesamtkosten um 10,3 % gegenüber 2019 ist im Wesentlichen durch den Anstieg der Materialaufwendungen um EUR 3,1 Mio. bzw. 18,6 % von EUR 16,2 Mio. auf EUR 19,3 Mio. bedingt. Die Personalaufwendungen liegen mit EUR 18,8 Mio. um rund EUR 0,9 Mio. bzw. 5 % über dem Vorjahreswert von EUR 17,9 Mio. Die Abschreibungen betragen im Berichtsjahr EUR 1,98 Mio., was eine Steigerung um EUR 0,3 Mio. bzw. 17,8 % gegenüber dem Vorjahreswert (EUR 1,68 Mio.) bedeutet. Darin enthalten sind mit einem Anteil von TEUR 576,9 Abschreibungen auf selbst geschaffene Software (i. Vj. TEUR 397,5). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit EUR 9,8 Mio. um EUR 0,4 Mio. bzw. 4,7 % über dem Vorjahreswert in Höhe von EUR 9,4 Mio.

8. Vermögenslage

Die Bilanzsumme in 2020 beträgt TEUR 36.241 und liegt damit rund TEUR 4.090 über dem Niveau von 2019 (TEUR 32.151).

Auf der Aktivseite erhöhte sich das Anlagevermögen von TEUR 10.553 um TEUR 4.140 auf TEUR 14.693. Die Steigerung ist im Wesentlichen auf die Aktivierung der selbst geschaffenen Software in Höhe von TEUR 2.410 sowie Investitionen in Zusammenhang mit dem Umzug in das neue Bürogebäude in Höhe von TEUR 1.263 zurückzuführen.

Im Umlaufvermögen stiegen die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände von TEUR 5.735 um TEUR 1.361 auf TEUR 7.096. Die Forderungen waren per 26.03.2021 im Wesentlichen erfüllt. Die flüssigen Mittel zum 31. Dezember 2020 reduzierten sich von TEUR 14.638 in 2019 um TEUR 1.126 auf TEUR 13.512.

Der Aktive Rechnungsabgrenzungsposten weist die Abgrenzung des Aufwands bei Zahlungen für die Folgejahre aus und ist von TEUR 1.224 um TEUR 284 auf TEUR 940 gesunken. Hierbei handelt es sich um Wartungsverträge für Hard- und Software, Lizenzgebühren für Software sowie um Erlösbeteiligungen.

Auf der Passivseite ist eine Steigerung des Eigenkapitals von TEUR 13.703 bei vollständiger Ausschüttung des ausschüttungsfähigen Vorjahresergebnisses um TEUR 1.306 auf

TEUR 15.009 zu verzeichnen. Dies ist begründet durch den nicht ausschüttbaren Gewinn des Jahres 2019 in Höhe von TEUR 1.279.

Die Rückstellungen erhöhten sich von TEUR 8.470 um TEUR 809 auf TEUR 9.279. Grund dafür ist im Wesentlichen der Anstieg der Rückstellungen für Erlösanteile und für Restrukturierung. Der Passive Rechnungsabgrenzungsposten weist die Abgrenzung des Umsatzes bei den Flat-Rate Produkten aus und ist von TEUR 6.671 um TEUR 509 auf TEUR 7.180 gestiegen, was auf den Umsatzzuwachs im Berichtsjahr zurück zu führen ist.

Die passiven latenten Steuern stiegen von TEUR 1.717 um TEUR 590 auf TEUR 2.307. Weitere Details hierzu sind im Anhang aufgeführt.

9. Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft war auch in 2020 – wie in den Jahren zuvor – unproblematisch. Das Stammkapital der juris GmbH beträgt nach wie vor TEUR 2.681. Der Geschäftserfolg der juris GmbH erlaubt es, anstehende Investitionen und sonstige Ausgaben ohne Kreditaufnahmen zu finanzieren. Das Finanzergebnis wies im Jahr 2020 einen Aufwand in Höhe von TEUR 1 aus (TEUR 9 in 2019). Im Wesentlichen handelt es sich hier um Aufwand aus der Abzinsung von Rückstellungen. Zinserträge sind am Finanzmarkt aktuell nahezu nicht zu erzielen. Aus heutiger Sicht sind keine Liquiditätsrisiken ersichtlich. Insgesamt hat sich die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft den Erwartungen entsprechend entwickelt und ist damit günstig verlaufen.

C. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft unterhält ein unternehmensweites Risikomanagementsystem, mit dem bestehende und potenzielle Risiken systematisch erfasst und analysiert werden. Ein kontinuierliches Monitoring stellt sicher, dass erforderliche Maßnahmen zeitnah eingeleitet werden können. Mithilfe der monatlichen Varianzanalysen werden, ggf. vorhandene, Abweichungen aufgedeckt, sodass ein rechtzeitiges Gegensteuern möglich ist. Im Rahmen des Rolling-Forecasts erfolgt eine Überprüfung bzw. Bewertung der Maßnahmen zur Umsetzung der Zielsetzungen des laufenden Jahres. Bei der Budgetplanung und der damit einhergehenden Langzeitplanung wird die strategische Ausrichtung grundsätzlich und vor dem Hintergrund der jeweils aktuellen Markt- und Rahmenbedingungen überprüft und ggf. angepasst.

Die juris GmbH antizipiert somit die sich wandelnden Marktgegebenheiten, wie die Zunahme von frei verfügbarem juristischen Content im Internet und den immer härteren Wettbewerb. Ziel ist es, auch in Zukunft die Alleinstellungsmerkmale zu stärken. Dies wird zum einen durch die Verbesserung der Erschließung des Primärcontents in Verbindung mit dessen Aufwertung durch Bereitstellung relevanten Sekundärcontents, aber auch durch die Einbindung von Legal-Tech-Elementen in die Suche umgesetzt. Auf Basis dieser Mehrwertstrategie ist die juris GmbH zuversichtlich, auch langfristig ihre bisherige Marktposition im Wettbewerbsumfeld erfolgreich behaupten zu können.

Es bleibt ein wichtiges Anliegen des Unternehmens, die Anforderungen der öffentlichen Hand – und hier insbesondere die der Justiz – an Recherchierbarkeit und Nutzbarkeit des bei juris angebotenen Contents besonders zu berücksichtigen. Dies soll dazu beitragen, die Kundenbeziehungen zu Bund und Ländern zu erhalten und qualitativ weiter zu entwickeln. Die juris GmbH hat sich zu einem unverzichtbaren Wissensmanagement-Tool für alle Legal Professionals entwickelt. Ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal bleibt auch weiterhin, die hohe Qualität der Rechtssammlungen aufrecht zu erhalten.

Im Jahr 2020 wurde, neben dem Ausbau und der Optimierung des Zusammenspiels des Primär- und Sekundärcontent-Angebotes, die Umstellung auf die Ein-Portal-Strategie fortgesetzt und der Buchhandel in die Vertriebsstrategie eingebunden. Dadurch wird den zielgruppenspezifischen Informationsbedürfnissen der juris-Kunden Rechnung getragen und die Umsetzung technischer Entwicklungen beschleunigt.

In 2021 sollen, mit den neuen inhaltlichen und funktionalen Angeboten, insbesondere für Notare und Steuerberater, einer Weiterentwicklung der Marktpositionierung und der Verbesserung der Kundenansprache über alle Vertriebswege, die bestehenden Kundenbeziehungen gefestigt und weiteres Marktpotenzial, bspw. bei Paralegals, erschlossen werden. Dadurch soll gewährleistet werden, dass die juris GmbH im Verbund mit der jurisAllianz ihre Position als einer der führenden Online-Anbieter von Rechts- und Praxiswissen in Deutschland weiter ausbaut. Die juris GmbH ist somit für die zukünftigen Herausforderungen gut gerüstet.

Auf dieser Basis und vor dem Hintergrund, dass der RWS-Markt in den kommenden Jahren, insbesondere wegen der anhaltenden Migration von Print auf Online, Potenzial bietet, wird auch in 2021 ein weiterhin leichtes Wachstum der Umsatzerlöse und des Betriebsergebnisses angestrebt. Die durch das Coronavirus ausgelöste Wirtschaftskrise lässt tiefgreifende Auswirkungen auf die Wirtschaft in Deutschland erwarten, deren Folgen zurzeit noch immer schwer abzuschätzen sind. Dies schafft eine Situation, in der sich Deutschland noch nie zuvor befunden hat und die jedes Unternehmen vor große Herausforderungen stellt und noch weiter stellen wird. Auch wenn derzeit noch völlig unklar ist, wie lange und wie schwerwiegend pandemiebedingte Einschränkungen andauern werden, ist die juris GmbH zuversichtlich, sich behaupten zu können.

Aus heutiger Sicht sind, unter Berücksichtigung des zuvor Genannten, keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar.

Saarbrücken, den 26. März 2021

Samuel van Oostrom
Geschäftsführer

Johannes Weichert
Geschäftsführer

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die juris GmbH Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland,
Saarbrücken

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der juris GmbH Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der juris GmbH Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2020 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestä-

tigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstel-

lungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmensestätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutende Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmensestätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks

erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Saarbrücken, den 26. März 2021

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Signiert von
Oliver Geis-Sändig
am 26.03.2021

Geis-Sändig
Wirtschaftsprüfer

Signiert von
Tim Oliver Heintz
am 26.03.2021

Heintz
Wirtschaftsprüfer

